

Kapitalismus: Eine Gespenstergeschichte

Von Arundhati Roy

Isst es ein Haus oder ein Heim? Ein Tempel zu Ehren des neuen Indien oder eine Unterkunft für seine Gespenster? Seit das *Antilla* in Mumbais Altamont Road steht, geheimnisvoll und als stille Drohung, ist nichts mehr, wie es vorher war. „Da sind wir“, sagte der Freund, der mich hingeführt hatte: „Entbiete unserem neuen Herrscher deinen Respekt.“

Das Antilla gehört Mukesh Ambani, dem reichsten Mann Indiens. Ich hatte schon davon gelesen: das teuerste Einfamilienhaus aller Zeiten, mit 27 Etagen, drei Hubschrauber-Landeplätzen, neun Aufzügen, hängenden Gärten, Tanzsälen, Sporthallen, sechs Parkgeschossen und 600 Bediensteten. Der senkrechte Rasen traf mich indes unvorbereitet: eine vertikal schwebende Grasfläche, 27 Stockwerke hoch und an einem gewaltigen Metallgitter befestigt. Es gab trockene Stellen, kleinere – exakt rechtwinklige – Rasenstücke waren herausgefallen, das vielbeschworene *Trickledown* hatte nicht funktioniert.

Aber etwas anderes hat ganz gewiss funktioniert: *Gush-Up* – die große Geldfontäne! Und das ist der Grund, weshalb in einem Land mit 1,2 Milliarden Einwohnern die hundert reichsten von ihnen über Vermögen im Gegenwert von einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verfügen.

Auf der Straße (und in der „New York Times“) tuschelt man darüber, dass die Ambanis nach all dem Aufwand selbst nicht ins Antilla gezogen sind. Doch nichts Genaues weiß man nicht. Das Gerede hält an, Geflüster über Gespenster, Unglück, über *Vaastu* und *Feng Shui*. Vielleicht ist ja Karl Marx an allem schuld. (Die ewigen Verwünschungen.) Der Kapitalismus, sagte Marx, der „so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“

Die 300 Millionen unter uns Indern, die der neuen, aus den IWF-„Reformen“ hervorgegangenen Mittelschicht angehören und heute den „Markt“ bilden, leben Seite an Seite mit den Geistern der Unterwelt, den Poltergeistern toter Flüsse, ausgetrockneter Brunnen, entwaldeter Gebirge und kahler Wälder; den Gespenstern der 250 000 überschuldeten Bauern, die sich das Leben nahmen, und der 800 Millionen, die in die Armut getrieben und enteignet wurden, um für uns Platz zu machen. Und die von weniger als 20 Rupien pro Tag – umgerechnet gerade einmal 35 Cent – zu überleben versuchen.

Mukesh Ambani selbst ist 20 Mrd. US-Dollar schwer. Er kontrolliert die Mehrheitsanteile der *Reliance Industries Limited* (RIL), einer Firma mit 47 Mrd. Dollar Börsenwert und weltweiten Geschäftsinteressen. Zu diesen zählen petrochemische Produkte, Erdöl, Erdgas, Kunstfasern, Sonderwirtschaftszonen, Lebensmitteleinzelhandel, Schulen, Forschung auf dem Feld der Biowissenschaften und Dienstleistungen im Bereich der Stammzellen-Einlagerung. Kürzlich erwarb RIL 95 Prozent der Aktien von Infotel, einem TV-Konsortium, dem 27 Nachrichten- und Unterhaltungskanäle im Fernsehen angehören, darunter CNN-IBN, IBN Live, CNVC, IBN Lokmat sowie ETV in fast jeder regionalen Sprache. Infotel verfügt über die einzige landesweit gültige Lizenz für 4G-Breitbandkommunikation, eine Hochgeschwindigkeits-„Info-Pipeline“, welche, wenn die Technologie funktioniert, den Nachrichtenverkehr der Zukunft bestimmen könnte. Zu guter Letzt besitzt Ambani auch noch eine Cricket-Mannschaft.

RIL gehört zu der Handvoll von Konzernen, die Indien betreiben. Andere sind etwa die Tatas, Jindals, Vedanta, Mittals, Infosys, Essar und die andere Reliance-Gruppe, die ADAG, deren Eigentümer Mukesh Ambanis Bruder Anil ist. Ihre Wachstumsgier schwappt auf Europa, Zentralasien, Afrika und Lateinamerika über. Ihre Netze sind weitgespannt, sichtbar und unsichtbar, überwie unterirdisch. Die Tatas beispielsweise haben über 100 Firmen in 80 Ländern. In Indien gehören sie zu den ältesten und größten privaten Energieerzeugern. Sie besitzen Bergwerke, Erdgasfelder, Stahlwerke, Telefon-, Kabelfernseh- und Breitband-Netzwerke und sie betreiben ganze Gemeinden. Sie produzieren PKW und LKW und ihnen gehören die Taj-Hotelkette, Jaguar, Land Rover, Daewoo, Tetley Tea, ein Verlagsunternehmen, eine Buchhandelskette, eine wichtige Jodsalz-Marke sowie der Kosmetik-Gigant Lakme. Ihr Werbeslogan könnte durchaus „Ohne uns können Sie gar nicht leben“ lauten.

Das alles befindet sich im Einklang mit dem *Gush-up*-Evangelium: „Je mehr du besitzt, desto mehr kannst du kriegen!“

Die Ära der Privatisierung hat die indische Ökonomie zu einer der weltweit am schnellsten wachsenden gemacht. Und doch zählen mineralische Rohstoffe zu Indiens Hauptexportartikeln – wie in jeder guten alten Kolonie. Bei Indiens neuen Megakonzernen – den Tatas, Jindals, Essar, Reliance oder Sterlite – handelt es sich um diejenigen, die sich den Direktzugang zu jenem Zapfhahn erkämpft haben, aus dem Geld sprudelt, Geld, das tief aus dem Erdinnern befördert wird. Hier wurde wahr, wovon Geschäftsleute träumen – verkaufen zu können, was sie selbst nicht zuvor erwerben mussten.

Die Vertreibung in die Slums

Die andere Hauptquelle unternehmerischen Reichtums entspringt den Ländern, die diese Leute gehortet haben. Überall in der Welt waren schwache, korrupte Staaten und Verwaltungen Wallstreet-Brokern, Agrobusiness-Firmen und chinesischen Milliardären dabei behilflich, riesige Landflächen in ihre Hände zu bekommen. (Was natürlich auch zur Kontrolle über Wasservor-

kommen führt.) In Indien wird Millionen Menschen das Land entzogen und an Privatfirmen übergeben – im „öffentlichen Interesse“: für Sonderwirtschaftszonen, Infrastrukturvorhaben, Dämme, Fernstraßen, Auto- oder Chemiefabriken und Formel-1-Rennstrecken. (Dass Privatbesitz heilig ist, gilt niemals für die Armen.) Wie stets versichert man den Einheimischen, es diene in Wahrheit der Schaffung von Arbeitsplätzen, wenn man sie von ihrem Land verdrängt und ihnen alles nimmt, was sie jemals besaßen. Doch wir wissen längst, dass es sich bei dem vermeintlichen Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und Arbeitsplatzschaffung um einen Mythos handelt. Nach 20 Jahren „Wachstum“ arbeiten 60 Prozent der Beschäftigten Indiens auf eigene Rechnung, und 90 Prozent der indischen Arbeitskräfte sind im informellen Sektor, also ohne soziale Absicherung, tätig.

Nach der Unabhängigkeit kämpften bis in die 1980er Jahre hinein Volksbewegungen – von den *Naxaliten* bis zu Jayaprakash Narayans *Sampoorna Kranti* – um Bodenreformen, um die Umverteilung von Agrarflächen aus der Verfügung feudaler Großgrundbesitzer an landlose Bauern. Doch heutzutage würde jeder Gedanke an die Umverteilung von Land oder Reichtum nicht nur als undemokratisch, sondern als geradezu verrückt abgestempelt werden. Selbst die radikalsten Bewegungen beschränken sich mittlerweile darauf, das bisschen Land, das noch kleinen Leuten gehört, zu verteidigen. Die Millionen Menschen ohne Land, in der Mehrzahl *Dalits* und *Adivasis* (ehemals Unberührbare sowie Ureinwohner), die man aus ihren Dörfern vertrieben hat und die jetzt in Slums und Barackensiedlungen leben, sowohl in Kleinstädten wie in den Megacities – diese Menschen kommen selbst im radikalen Diskurs gar nicht mehr vor.

Während die Geldfontäne den Reichtum nach oben pumpt und auf einer glänzenden Nadelspitze konzentriert, auf der unsere Milliardäre ihre Pirouetten drehen, krachen die herabstürzenden Fluten ins Gefüge der demokratischen Institutionen. Sie dringen in die Gerichte ein, in Parlamente und Medien, und fügen ihnen dabei schweren Schaden zu. Je lauter der Wahlkarneval tobt, desto schwächer wird unsere Überzeugung, dass es so etwas wie Demokratie tatsächlich gibt.

„Memorandums of Understanding“

Jeder neue Korruptionsskandal, der in Indien ans Licht kommt, lässt den vorherigen geradezu bieder erscheinen. Im Sommer 2011 kam es zum 2G-Skandal. Wir mussten erfahren, dass diverse Unternehmen 40 Mrd. Dollar an öffentlichen Geldern hatten abschöpfen können, indem sie einen Mann ihrer Wahl als Telekommunikationsminister der Zentralregierung installierten. Dieser hatte dann die Lizenzen für das 2G-Spektrum – die Telekommunikationsstandards der zweiten Generation – viel zu billig verkauft und obendrein illegal den seinen zugeschustert. Abhörprotokolle der einschlägigen Telefonate sickerten an die Presse durch und machten deutlich, auf welche Weise ein ganzes Netz von Industriellen und ihren Tarnfirmen, Ministern, hochrangigen

Journalisten, ein Fernsehmoderator darunter, an dieser Geschichte beteiligt waren. Es glich einem Raubzug am helllichten Tage. Die Tonbänder bestätigten damit nur die Diagnose, die viele Leute schon längst gestellt hatten.

Die Privatisierung von Telekommunikationsfrequenzen und deren illegaler Verkauf gehen nicht per se mit Krieg, Vertreibung und ökologischem Raubbau einher. Wohl aber die Privatisierung der Gebirge, Flüsse und Wälder Indiens. Doch das findet bei den Mittelschichten ein viel schwächeres Echo – vielleicht, weil es nicht so deutlich in Erscheinung tritt wie ein offener Finanzskandal, vielleicht aber auch, weil das alles angeblich dem „Fortschritt“ Indiens dient.

Im Jahre 2005 unterzeichneten die Landesregierungen von Chattisgarh, Orissa und Jharkhand hunderte *Memorandums of Understanding* (MoU). Diese Verträge mit einer Reihe privater Unternehmungen schanzten diesen Bauxit, Eisenerz und andere Bodenschätze im Werte vieler Milliarden von Dollars für einen Apfel und ein Ei zu. Zugleich verstießen diese Verträge selbst gegen die verquere Logik der Marktfreiheit, denn die Lizenzgebühren an den Staat betragen lediglich 0,5 Prozent bis maximal 7 Prozent des eigentlichen Wertes.

Wenige Tage nach der Unterzeichnung eines MoU mit Tata Steel über die Errichtung eines integrierten Eisen- und Stahlwerks in Bastar traten dort erstmals die *Salwa Judum* in Erscheinung, eine Art „Bürgerwehr“. Die Regierung behauptete, es handle sich um eine spontane Erhebung der örtlichen Bevölkerung, die der „Repression“ durch maoistische Guerillakämpfer im Wald überdrüssig sei. Doch wie sich herausstellte, war das ganze eine von der Regierung bewaffnete und von Bergbauunternehmen finanziell unterstützte Operation zur Besetzung des Baugeländes. In den anderen Staaten entstanden unter anderen Namen vergleichbare Milizen. Der Premierminister verkündete, die Maoisten seien die „größte Bedrohung der inneren Sicherheit Indiens“. Das war eine Kriegserklärung.

Operation „Grüne Jagd“

Am 2. Januar 2006 erschienen in Kalinagar im Bundesstaat Orissa zehn Polizeieinsatzgruppen am Standort eines anderen Tata-Stahlwerks. Sie sollten scheinbar signalisieren, dass die Regierung es ernst meine. Die Polizei eröffnete das Feuer auf Dorfbewohner, die sich dort versammelt hatten, um gegen die ihrer Meinung nach unzureichende Entschädigung für ihr Land zu protestieren. Dreizehn Menschen, darunter ein Polizist, fanden den Tod und 37 wurden verletzt. Seitdem sind über sechs Jahre verstrichen, und obwohl die betreffenden Dörfer bis heute von bewaffneten Polizisten im Belagerungszustand gehalten werden, ist der Protest nicht erloschen.

In Chhattisgarh zogen unterdes die *Salwa-Judum*-Vigilanten brandschatzend, vergewaltigend und mordend durch Hunderte von Waldsiedlungen. Sie evakuierten 600 Dörfer und zwangen 50 000 Menschen, sich in Polizeilager einweisen zu lassen, während 350 000 dieser Waldbewohner in die Flucht getrieben wurden. Der Regierungschef von Chhattisgarh verkündete, alle, die

nicht aus den Wäldern herauskämen, würden als „maoistische Terroristen“ eingestuft. So kommt es in Teilen des modernen Indien vor, dass als Terrorist gilt, wer Felder pflügt und Saaten ausbringt. Im Ergebnis führten die Gräueltaten der *Salwa Judum* jedoch lediglich dazu, dass der Widerstand erstarkte und die Reihen der maoistischen Guerilla-Armee vermehrt Zulauf erhielten. 2009 rief die Zentralregierung dann die sogenannte Operation Grüne Jagd (*Green Hunt*) aus. Zweihunderttausend Paramilitärs kamen sowohl in Chhatisgarh als auch in Orissa, Jharkhand und Westbengalen zum Einsatz.

Drei Jahre „low-intensity conflict“ erreichten nicht das Ziel, die Rebellen der Wälder „auszubluten“. Daraufhin erklärte die Zentralregierung, sie werde jetzt reguläre indische Land- und Luftstreitkräfte einsetzen. Bei uns wird so etwas nicht etwa als „Krieg“ bezeichnet. Hier spricht man lieber von der „Schaffung eines günstigen Investitionsklimas“. Tausende Soldaten sind bereits ins Einsatzgebiet vorgerückt. Ein Brigade-Hauptquartier und Luftwaffenstützpunkte befinden sich im Aufbau. Eine der größten Armeen der Welt trifft ihre Vorkehrungen, um sich gegen die ärmsten und am schlechtesten ernährten Menschen dieser Erde zu „wehren“. Jetzt warten wir nur noch auf die Ausrufung des *Armed Forces Special Powers Act* (AFSPA). Er soll den Streitkräften Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung und das Recht, „auf Verdacht“ zu töten, zusprechen. Angesichts zehntausender ungekennzeichneter Gräber und geheimer Scheiterhaufen zur Leichenverbrennung in Kaschmir, Manipur und Nagaland kann man durchaus von einer unter dringendem Verdacht stehenden Armee sprechen.

Der Einfluss der Medien

Während die Armee sich auf den neuen Einsatz vorbereitet, befinden sich die Urwälder Zentralindiens weiterhin im Belagerungszustand. Die Dorfbewohner fürchten sich, herauszukommen und Lebensmittel oder Medikamente einkaufen zu gehen. Drakonische und undemokratische Gesetze haben dazu geführt, dass Hunderte Menschen als Maoisten verdächtigt und eingekerkert wurden. Die Gefängnisse sind voller *Adivasi*, von denen viele nicht einmal wissen, was sie verbrochen haben sollen.

Vor kurzem wurde Soni Soni, eine Adivasi-Lehrerin aus Bastar, festgenommen und im Polizeigewahrsam gefoltert. Man stieß ihr Steine in die Vagina, um ihr das „Geständnis“ abzupressen, sie arbeite als Kurier der Maoisten. Nach einer Welle der Empörung schickte man die Frau zur Untersuchung nach Kalkutta ins Krankenhaus, wo die Steine aus ihrem Unterleib entfernt wurden. Bei einer Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof präsentierten Aktivisten den Richtern die Steine in einem Plastikbeutel. Das Resultat der Proteste war lediglich, dass Soni Soni in Haft bleibt. Ankit Garg hingegen, der Polizeikommissar, der ihr Verhör geleitet hatte, wurde am Tag der Republik mit der Verdienstmedaille des Präsidenten ausgezeichnet – für Tapferkeit im Polizeieinsatz.

Nur wegen der Massenerhebung und dieses Krieges erfahren wir überhaupt von dem ökologischen und sozialen Strukturwandel Zentralindiens. Die Regie-

nung hüllt sich in Schweigen. Verträge, wie die *Memorandums of Understanding*, sind allesamt geheim. Teile der Medien versuchen, die Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Zentralindien aufmerksam zu machen. In ihrer großen Mehrheit sind Indiens Massenmedien jedoch erpressbar, weil der Löwenanteil ihrer Einnahmen aus der Werbung großer Konzerne stammt. Als wäre das nicht schon schlimm genug, beginnt inzwischen auch die Trennlinie zwischen Medien und Wirtschaftsinteressen gefährlich zu verschwimmen. So besitzt RIL, wie bereits erwähnt, 27 TV-Kanäle. Doch die Sache funktioniert auch andersherum. Einige Medienhäuser sind jetzt ihrerseits industriell engagiert.

Da wäre – als nur ein Beispiel von vielen – die in Englisch, Hindi und zwei weiteren Sprachen erscheinende Tageszeitung „Dainik Bhaskar“, eines der größten Regionalblätter mit 17,5 Millionen Lesern in 13 Unionsstaaten. Dem Verlag gehören weitere 69 Firmen, die im Bergbau, in der Stromerzeugung, im Immobiliensektor und in der Textilindustrie engagiert sind. Dem Obersten Gerichtshof von Chhattisgarh wurde kürzlich eine Klageschrift unterbreitet, die sich gegen eines dieser 69 Unternehmen richtet, die DB Power Ltd. Der Konzern wird beschuldigt, sich „willkürlicher, illegaler und manipulativer Praktiken“ bedient zu haben. Konzerneigene Zeitungen sollen versucht haben, das Ergebnis der öffentlichen Anhörung über einen Kohletagebau zu beeinflussen. Es geht am Ende gar nicht darum, ob DB Power tatsächlich auf diese Weise Einfluss nehmen wollte. Der Punkt ist vielmehr, dass Medienkonzerne in der Lage sind, so etwas zu tun. Sie haben die Macht dazu. Die indische Rechtslage lässt es zu, dass sie eine Stellung erlangen, die sie zwangsläufig ernststen Interessenkonflikten aussetzt.

Das Dammbauprojekt Kalpasar: Milliardeninvestitionen als Blutgeld

Auch aus anderen Teilen des Landes erfährt man wenig. In Arunachal Pradesh, einem dünn besiedelten, aber stark militarisierten Staat im Nordosten Indiens, befinden sich 168 große Staudämme im Bau, die meisten davon in privater Hand. In Manipur und Kaschmir entstehen Hochdämme, die ganze Landstriche unter Wasser setzen werden. Auch diese beiden Staaten sind hochgradig militarisiert. Dort können – wie Anfang des Jahres in Kaschmir geschehen – Menschen schon allein deshalb getötet werden, weil sie gegen Stromabschaltungen protestieren. Wie sollten sie da den Bau eines Staudamms aufhalten können?

Das vermessenste Dammbauprojekt findet sich im Staate Gujarat und heißt Kalpasar. Geplant ist ein 34 Kilometer langer Damm quer durch den Golf von Khambhat, den eine zehnspurige Autobahn und eine Eisenbahntrasse krönen. Dabei soll ein aus Gujarats Flüssen gespeistes Süßwasserreservoir entstehen, indem man das Seewasser fernhält. (Dass diese Flüsse schon jetzt durch Dammbauten auf bloße Rinnsale reduziert und durch Chemieabwässer vergiftet sind, spielt dabei keine Rolle.)

Vor zehn Jahren noch war das Projekt verworfen worden, weil es den Meeresspiegel ansteigen lassen und die Umwelt der Küstenlinie auf hunderte von

Kilometern hin verändern würde. Sein unverhofftes Comeback verdankt dieser Damm nun dem Vorhaben, die *Dholera Special Investment Region* (SIR) mit Wasser zu versorgen. Es handelt sich um eines der wasserärmsten Gebiete nicht nur in Indien, sondern weltweit. SIR ist eine andere Abkürzung für Sonderwirtschaftszonen oder SEZ, eine selbstverwaltete Konzern-Dystopie, die aus „Gewerbeparks, Wohnsiedlungen und ganzen Megacities“ besteht. Die SIR Dholera soll mit den anderen Städten Gujarats durch ein Netz zehnspuriger Autobahnen verbunden werden. Wer wird das alles bezahlen?

Im Januar 2011 fand im Mahatma (Gandhi) Tempel unter dem Vorsitz von Narendra Modi, dem Regierungschef Gujarats, eine Konferenz mit 10 000 Geschäftsleuten aus 100 Ländern statt. Medienberichten zufolge versprochen sie, 450 Mrd. Dollar in Gujarat zu investieren. Man hatte die Konferenz bewusst auf den Anfang des Jahres gelegt, in dem sich das Massaker an 2000 Muslimen im Februar/März 2002 zum zehnten Mal jährt. Modi wird beschuldigt, das Blutbad nicht nur ungeahndet gelassen, sondern selbst zu ihm angestiftet zu haben. Bis heute warten die Angehörigen, die mit ansehen mussten, wie ihre Lieben vergewaltigt, aufgeschlitzt und lebendig verbrannt wurden, ebenso wie Zehntausende aus ihren Heimstätten Vertriebener vergeblich auf eine Geste der Gerechtigkeit. Doch Modi hat Safranschal und Zinnoberstirn – die Insignien der nationalistischen Hindutva-Bewegung – mit dem Anzug eines Geschäftsmanns vertauscht und hofft nun, dass 450 Mrd. Dollar an Investitionen als Blutgeld akzeptiert werden und die Bilanz ausgleichen. Vielleicht funktioniert dies ja. Die Geschäftswelt unterstützt ihn begeistert. Die Algebra der *infinite justice* findet seltsame Wege.

Der Delhi Mumbai Industrial Corridor

Die SIR Dholera stellt nur eine der kleineren „Puppen in der Puppe“ in dem gewaltigen, Matrjoschka-artigen Monstrum dar, das da entstehen soll. Man wird die SIR Dholera an den *Delhi Mumbai Industrial Corridor* (DMIC) anschließen, einen 1500 Kilometer langen und 300 Kilometer breiten Industriegürtel mit neun Mega-Gewerbe-zonen, einer Hochgeschwindigkeits-Güterbahn, drei See- und sechs Flughäfen, einer sechsspurigen kreuzungsfreien Schnellstraße und einem 4000-MW-Kraftwerk. Beim DMIC handelt es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen, das die Regierungen Indiens und Japans, angeregt vom McKinsey Global Institute, mit ihren jeweiligen Partnern aus der Wirtschaft zusammen betreiben.

Der DMIC-Internetseite zufolge werden ungefähr 180 Millionen Menschen von dem Vorhaben „betroffen“ sein. Auf welche Weise betroffen, wird nicht ausgeführt. Die Website verrät, dass eine Reihe neuer Städte entstehen soll und die Bevölkerung der Region von gegenwärtig 231 Millionen auf geschätzte 314 Millionen im Jahr 2019 zunehmen werde – also im Verlauf von nur sieben Jahren. Wann hat zuletzt ein Staat, ein Despot oder Diktator einen Bevölkerungstransfer organisiert, der Millionen Menschen betraf? Ist es denn überhaupt denkbar, dass ein solcher Prozess friedlich verläuft?

Die indische Armee muss sich möglicherweise auf einen Rekrutierungsfeldzug begeben, soll es sie nicht unvorbereitet treffen, wenn sie zu Einsätzen überall im Lande befohlen wird. In Vorbereitung auf ihre Rolle in Zentralindien hat die Armee ihre überarbeitete Doktrin für Militärisch-Psychologische Operationen der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie handelt von „einem planmäßigen Prozess der Übermittlung einer Botschaft an ein ausgewähltes Zielpublikum, in dem bestimmte Themen herausgestellt werden sollen, wodurch erwünschte Einstellungen und Verhaltensweisen herbeigeführt werden, welche die Durchsetzung politischer und militärischer Ziele des Landes begünstigen“. In diesem Prozess des „*perception management*“ („Wahrnehmungs-Management“) werde man, wie es heißt, auf „den Streitkräften zur Verfügung stehende Medien zurückgreifen“.

Die Kunst unternehmerischer Philanthropie

Die Armee ist erfahren genug, um zu wissen, dass *social engineering* in Dimensionen, wie Indiens Planer sie ins Auge fassen, durch Gewaltanwendung allein nicht zu bewerkstelligen ist. Der Krieg gegen die Armen ist das eine. Aber für uns andere – die Mittelschicht, Angestellte, Intellektuelle, „Meinungsmacher“ – braucht es etwas anderes: Hier bedarf es des *perception management*. Deshalb müssen wir unsere Aufmerksamkeit jetzt der hohen Kunst unternehmerischer Philanthropie zuwenden.

Die großen Bergbaukonglomerate haben die Künste entdeckt – den Film, künstlerische Installationen und die zahllosen Literaturfestivals, die die Obsession der 1990er Jahre mit Schönheitswettbewerben abgelöst haben. Der Vedanta-Konzern beispielsweise, der gegenwärtig die Heimat des altehrwürdigen Dongria-Kondh-Stammes rücksichtslos nach Bauxit durchwühlt, sponsert unter dem Motto „Creating Happiness“ einen Wettbewerb junger Filmstudenten. Sie hat der Konzern damit beauftragt, Filme zum Thema Nachhaltige Entwicklung zu drehen. Der Vedanta-Firmenslogan lautet übrigens „Mining Happiness“ („Das Schürfen nach Glück“).

Auch die Jindal-Gruppe bringt ein Magazin über zeitgenössische Kunst heraus und unterstützt einige der wichtigsten Künstler Indiens (die naturgemäß rostfreien Stahl verarbeiten). Und Essar fungierte als Hauptsponsor des *Think-Festivals* der „Teelka-Newsweek“, das „hoch-oktanige Debatten“ zwischen den führenden Denkern aus aller Welt versprach. Zu den Eingeladenen zählten berühmte Schriftsteller, Aktivisten, sogar der Stararchitekt Frank Gehry. (Der Schauplatz von alledem war Goa, wo Aktivisten und Journalisten gerade Bergbauskandale mit massiven Gesetzesverstößen enthüllten und bekannt wurde, welchen Anteil der Essar-Konzern an dem in Bastar aufflammenden Krieg hat.)

Tata Steel und Rio Tinto (ein Unternehmen mit ganz eigenem Sündenregister) zählten zu den Hauptsponsoren des Literaturfestivals von Jaipur (oder, mit voller Titulatur, *Darshan Sing Construction Jaipur Literary Festival*), das von Kennern als „größte Literaturshow der Welt“ gerühmt wird. Als Tatas „stra-

tegischer Marken-Manager“ sponserte die Beratungsfirma Counselage das Pressezelt des Festivals. Viele der besten und klügsten Autoren der ganzen Welt kamen in Jaipur zusammen und diskutierten über Liebe, Literatur, Politik und Sufi-Dichtung. Einige versuchten Salman Rushdies Recht, sich frei zu äußern, durch Lesungen aus seinem geächteten Buch, den Satanischen Versen, zu verteidigen. Auf jedem Bildschirm und jedem Zeitungsfoto prangte hinter ihnen das Logo der Tata Steel, der gütigen, wohlmeinenden Gastgeberin (und ihr Firmenslogan – *Werte härter als Stahl*).

Antimuslimische Stimmungen

Die Feinde der Rede- und Meinungsfreiheit waren die mutmaßlich mörderischen Zusammenrottungen von Muslimen, die, wie uns die Organisatoren des Festivals mitteilten, sogar die dort versammelten Schulkinder gefährden konnten. (Wir wissen alle nur zu gut, wie hilflos Regierung und Polizei in Indien sein können, wenn es um Muslime geht.) Es stimmt, die Hardline-Islamschule *Darol-Uloom Deoband* hat gegen Rushdies Einladung zum Festival protestiert. Ja, einige Islamisten demonstrierten am Veranstaltungsort. Und es stimmt auch, dass die Staatsregierung empörenderweise nichts unternahm, um das Gelände zu schützen. Eben deshalb hat die ganze Geschichte genauso viel mit Demokratie, Stimmenfang und den Wahlen in Uttar Pradesh zu tun wie mit dem islamischen Fundamentalismus.

Beachtung in der Weltpresse fand jedoch nur die Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen den islamischen Fundamentalismus. Es ist wichtig, dass sie darüber schrieb. Doch über die Rolle der Sponsoren des Festivals beim Krieg in den Waldgebieten, über wachsende Leichenberge und überfüllte Gefängnisse wurde so gut wie gar nicht berichtet. Ebenso wenig über Unrechtsgesetze wie den *Unlawful Activities Prevention Act* oder den *Chhattisgarh Special Public Security Act*, die sogar regierungsfeindliche *Gedanken* zu Schwerverbrechen erklären. Oder über die obligatorische öffentliche Anhörung zum Tata-Stahlwerk in Lohandiguda, die, wie Anwohner klagen, hunderte Kilometer weit weg in Jagdalpur stattfand, auf dem Gelände der Konzernverwaltung – vor einem fünfzig Leute starken gekauften Publikum und unter den Blicken bewaffneter Wächter. Wo war da das Recht auf freie Meinungsäußerung? Niemand erwähnte Kaliganar. Niemand sprach davon, dass Leute, die sich mit der indischen Obrigkeit unliebsamen Themen befassen, keine Visa erhielten oder am Flughafen abgefangen wurden – Journalisten, Wissenschaftler und Filmemacher mit Themen wie der heimlichen Beteiligung Indiens am Tamilen-Genozid während des Kriegs in Sri Lanka oder den jüngst in Kaschmir entdeckten namenlosen Gräbern.

Aber wer unter uns Sündern hätte den ersten Stein werfen sollen? Doch nicht ich, die ich von den Honoraren konzerneigener Verlage lebe. Wir alle schauen *Tata Sky*, surfen im Internet mit *Tata Photon*, fahren in *Tata-Taxis* und steigen in *Tata-Hotels* ab. Unseren *Tata-Tee* schlürfen wir aus *Tata-Porzellantassen* und rühren mit Teelöffeln aus *Tata-Stahl* um. Wir kaufen *Tata-Bücher* in

Tata-Buchhandlungen. *Hum Tata ka namak khate hain*. Wir leben im Belagerungszustand.

Wenn die Totschlagforderung nach moralischer Unbeflecktheit das Kriterium dafür ist, wer zum Stein greifen darf, dann sind ausschließlich die Menschen dazu berechtigt, die man schon zum Schweigen gebracht hat. Diejenigen, die außerhalb des Systems leben – die Geächteten in den Wäldern oder jene, über deren Proteste keine Zeitung berichtet, oder auch all die gesitteten Opfer der Enteignung, die von Gericht zu Gericht ziehen, von Instanz zu Instanz, und Zeugnis ablegen.

Unser Aha-Erlebnis aber war ein Geschenk des Literaturfestes: Oprah trat auf! Sie *liebe* Indien, sagte sie, und sie werde wieder kommen, *immer wieder*.¹ Das hat uns ungeheuer stolz gemacht. Dieser Stolz ist nur die burleske Kehrseite der Kunstverehrung.

Die Tatas üben sich mittlerweile schon seit fast einem Jahrhundert in unternehmerischer Philanthropie. Sie vergeben Stipendien und betreiben ein paar vorzügliche Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser. Trotzdem läßt man indische Unternehmen erst neuerdings in die *Star Chamber* ein – in jene strahlend erleuchtete Welt der globalen Konzernmacht, die für ihre Widersacher tödlich ist, die aber ansonsten so kunstvoll ist, dass wir uns ihrer kaum bewusst werden.

Ende des ersten Teils. Der zweite von insgesamt drei Teilen folgt in der Augustausgabe der „Blätter“. Die Übersetzung stammt von Karl D. Bredthauer.

1 Oprah Winfrey ist eine bekannte US-Talkshow-Moderatorin und Unternehmerin. Sie besuchte Indien Anfang dieses Jahres. – D. Red.